

Für ein solidarisches Europa der Millionen Gegen eine Europäische Union der Millionäre



Höchst engagierte Mitglieder der LINKEN, gut vernetzt in sozialen, kommunalen und ökologischen Bündnissen, Menschenrechts- und Integrationsinitiativen und Gewerkschaften, präsentieren sich Ende Februar in Bonn für ihre Wahl ins Europäische Parlament im Mai. Ich freue mich vor allem über die vielen jungen Leute, die ihre Anliegen leidenschaftlich auf den Punkt bringen. Da fällt es schwer, die Besten zu benennen. Die knapp 600 Delegierten wählen mehrheitlich ein tolles, überzeugendes Spitzenduo mit dem 43-jährigen Europaabgeordneten Martin Schirdewan aus Thüringen und der 34-jährigen, langjäh-

rigen Landessprecherin der Partei in NRW, Özlem Alev Demirel. Der eine ruhig und sachlich: „Lasst uns die EU nach links verschieben.“ Die andere temperamentvoll: „Weit mehr als 100 Millionen Menschen in der EU sind arm. Eine politische Wende ist bitter nötig“. Die Europaabgeordnete Cornelia Ernst (62) aus Sach-

sen, Platz 3, mahnt: „Wir dürfen Europa nicht den Rechtspopulisten überlassen.“ Damit treffen sie wesentliche Anliegen der hier versammelten LINKEN.

Unser Mann aus Brandenburg

Insgesamt wird über 22 Nominierungen für die Liste der LINKEN zur Europawahl entschieden. Helmut Scholz, erfahrener Europaabgeordneter aus Brandenburg (64), kann trotz starker Konkurrenz mit seiner ausgeglichenen Art gleich im ersten Wahlgang mit mehr als 50 Prozent der Stimmen Platz 4 belegen. Zu seinen Erfolgen zählt er den Startschuss zu der großen Bewegung gegen das Freihandelsabkommen EU–USA,

TTIP, und Initiativen gegen weitere neoliberale Handelsabkommen sowie für fairen und ethischen Handel. Gegenwärtig arbeitet er daran, dass Unternehmensverantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten sowie Sozial- und Umweltstandards international rechtlich verbindlich festgeschrieben werden. Für grundlegende Politikänderungen

seien eine Stärkung und das Zusammengehen breiter linker Bewegungen notwendig. „Wir LINKE müssen die realen Verhältnisse annehmen, wenn wir sie umkrempeln wollen. Wir wollen eine EU, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. Das Primat der Politik ist dafür zurückzugewinnen. Wir müssen vom Wachstumsfetisch wegkommen, mit konkreten politischen Vorschlägen, wie wir produzieren und konsumieren“, fordert Scholz.

Wie weiter mit der EU?

Ob die EU abgeschafft gehört, weil sie antidemokratisch, neoliberal und militärisch ist oder ob sie von innen reformierbar ist, zieht sich durch die gesamte Debatte des Parteitag. Die vom Forum Demokratischer Sozialismus in einem Antrag unterbreitete Vision einer künftigen „Republik Europa“ scheidet am Votum der Delegier-



ten. Mit dem mehrheitlich verabschiedeten Programm „Für ein solidarisches Europa der Millionen – Gegen eine Europäische Union der Millionäre“ setzt sich schließlich der Wunsch nach Geschlossenheit durch. Gregor Gysi, Präsident der Europäischen Linken, unterstreicht: „Wir treten zur Wahl des Europäischen Parlaments an, weil wir die europäische Integration wollen.“ Der Frieden zwischen den Mitgliedsländern der EU müsse weiter gesichert werden und auch der internationale Frieden. Dazu brauche es aber keine Interventionsarmee. Der Vormarsch der Rechten in Europa ist eine ernste Gefahr.

Renate Adolph



v. l.: Europaabgeordneter Helmut Schulz, Landtagsabgeordneter Marco Büchel und Landtagsabgeordnete Kathrin Dannenberg aus Brandenburg

Lehrer*innen unter Druck

„Wir fahren eine ganze Generation gegen die Wand. Lehrer*innen sind zunehmend Lebensbegleiter der Schüler*innen. Die Aufgaben konnten noch vor 5 Jahren in der Hälfte der Zeit geschafft werden.“ Diese und ähnlich alarmierende Aussagen in der ZDF-Dokumentation „Lehrer am Limit. Dauerstress im Schulalltag“, in der zwei Klassen aus Dortmund und Kassel ein halbes Jahr begleitet wurden, verdeutlichten eindrucksvoll Entwicklungsprobleme in den Schulen. Sie bildeten den Ausgangspunkt für eine Diskussion, zu der die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg zusammen mit dem Verein „alternativen denken“ Strausberg Ende Februar Vertreter*innen aus Schule, Lehrerbildung, Gewerkschaft und Politik in die Anne-Frank-Oberschule eingeladen hatte.

Schule in Brandenburg

Die Einschätzungen der Schulleiterin der Erna-und-Kurt-Kretschmann-Oberschule Bad Freienwalde, Angela Hannemann, und der GEW-Kreisvorsitzenden, Karin Glashagen, dass in unserem Landkreis Märkisch-Oderland die Probleme in dieser Zuspitzung nicht oder noch nicht bestehen, beruhigten mich etwas. Dennoch wurden von den Teilnehmer*innen und den Podiumsgästen eine ganze Reihe von Problemen angesprochen. So könne Integration und Inklusion nur erfolgreich sein, wenn die Schulen grundlegende Änderung erfahren. Kathrin Dannenberg, Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Landtag, verwies darauf, dass es im Land Brandenburg sehr gute Schulen gäbe. Die Anerkennung der Leistungen der Lehrer*innen seitens der Politik müsse sich aber auch

in konkreten Erleichterungen niederschlagen. Das gehe ihr auch in Brandenburg noch zu langsam. Sie unterstrich: „Wir haben uns vor allem auf längeres gemeinsames Lernen, die Etablierung von Schulzentren, eine bessere Stellenausstattung, den massiven Ausbau der Studienplätze für die Lehrerbildung, die Stärkung der Schulsozialarbeit und die Aufstockung der Stellen im Freiwilligen Sozialen Jahr konzentriert. Damit wurden viele richtige Schritte gegangen. Die Auswirkungen der jahrelang verfehlten Personalplanung konnten jedoch bei Weitem noch nicht behoben werden.“ Neben einem notwendigen Anreizsystem, um Lehrer*innen zu halten oder hierher zu holen, sei der Einsatz von Seiteneinsteiger*innen erforderlich. „Die Seiteneinsteiger sind nicht das Problem. Sie sind gegenwärtig die Lösung des Problems“, so Dannenberg. Weitere Aktionsfelder seien die bessere Gestaltung der Praxissemester sowie die Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich, um angehende und bereits tätige Lehrer*innen in der Praxis wirklich gut unterstützen und ihre Arbeit erleichtern zu können.

Mehr Zeit für die Kinder

Steffen Kludt, Referent am Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung der Uni-



v. l.: Glashagen, Hannemann, Dannenberg, Tietz, Kludt

versität Potsdam, betonte, dass die Lehrerbildung noch stärker auf Inklusion und Integration eingehen müsse. Es seien aber auch kleinere Klassen notwendig, so dass den Lehrer*innen mehr Zeit für die Kinder bleibe. Die Uni Potsdam habe keinen Mangel an Bewerber*innen für die Lehrerausbildung. Es würden aber noch mehr Studienplätze benötigt.

Außerdem wurde die Entlastung der Lehrer*innen von den bürokratischen Aufgaben durch Hilfskräfte in den Schulen angesprochen. Und im Bildungsministerium stünden Gelder für eine sinnvolle Gesundheitsprävention zur Verfügung, die leider nur schleppend von den Schulen abgerufen werden.

Aus meiner Sicht war die Veranstaltung für alle Seiten sehr interessant und im Sinne einer guten Schulbildung für die Heranwachsenden. Die anwesenden Lehrer*innen machten deutlich, dass sie ihren Beruf sehr gerne und mit Freude ausüben.

*Meinhard Tietz
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg*

Koalition schafft Straßenbaubeiträge in Brandenburg ab



Die Straßenbaubeiträge von Anliegern sind seit langem umstritten, in Brandenburg ebenso wie in anderen Bundesländern. Auf Antrag der Fraktionen von SPD und DIE LINKE

hat der Landtag daher im vergangenen Jahr einen Bericht der Landesregierung angefordert, der seit November 2018 vorliegt. In der Auswertung des Berichts haben die Koalitionsfraktionen nun die Abschaffung der Straßenbaubeiträge beschlossen und das weitere Vorgehen geplant. Die Abgeordneten Björn Lüttmann (SPD) und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE)

erklären dazu:

„Der kommunale Straßenbau soll auch in Zukunft abgesichert sein und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern finden. Nötig ist ferner eine verlässliche Finanzierung. Vor diesem Hintergrund werden die Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE der Volksinitiative ‚Straßenausbaubeiträge abschaffen!‘ im Landtag zustimmen. Damit wird die Landesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes zu erarbeiten. Dieser soll vorsehen, dass Straßenbaubeiträge durch Städte, Gemeinden oder Gemeindeverbände nicht mehr erhoben werden können. Zur Vorbereitung des Gesetzes laden wir die Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative zeitnah zu Gesprächen ein.“

Das Anliegen der Volksinitiative werden wir noch in dieser Wahlperiode gesetzlich umsetzen. In einer Entschließung zur Volksinitiative wollen wir der Landesregierung Vorschläge für die künftige Finanzierung des kommunalen Straßenbaus machen. Dazu soll die Landesregierung eine verfassungsrechtlichen Ansprüchen genügende Kostenprognose für den Lastenausgleich im Hinblick auf die wegfallenden Beitragseinnahmen vorlegen.“

Am 7. März wird eine Anhörung zur Volksinitiative und dem Bericht der Landesregierung im Ausschuss für Inneres und Kommunales stattfinden. Die Behandlung der Volksinitiative und die Einbringung eines Gesetzentwurfes der Koalitionsfraktionen im Landtagsplenum ist für April geplant.

LINKE fordern Geld für Schülerbeförderung

Kostenfreie Fahrten von Kindern zur Schule mit Bus oder Bahn sieht der Haushaltsentwurf von Märkisch-Oderland für 2019 nicht vor. Da diese zentrale Forderung der LINKEN nicht erfüllt wird, enthielten sich die Abgeordneten der Linksfraktion im Kreistag Ende Februar bei der Abstimmung über den Haushalt.

Es seien zwar zahlreiche Vorschläge der LINKEN in den Haushaltsplan 2019 eingeflossen, aber auch eine angestrebte tarifliche Bezahlung der Lehrer an der Kreis-

musikschule sei nicht zur Zufriedenheit berücksichtigt worden. Zudem werden die Verkaufsabsichten des Kreises bezüglich des Schlosses Bad Freienwalde in Höhe von rund 2 Millionen Euro von der Fraktion nicht mitgetragen.

Aufgenommen wurden dagegen in den Finanzplan ihre Forderungen nach deutlich höheren Unterstützungen für finanzschwache Kommunen (kommunales Entwicklungsbudget), sowie Verbesserungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die

Beteiligung von Städten und Gemeinden an dichteren Takten von Bussen müsse allerdings weiter zulasten des Kreises nachgebessert werden.

Zudem unterstrichen die Abgeordneten, dass ein Gymnasium angesichts ständig steigender Schülerzahlen in Strausberg oder/und im berlinnahen Raum so schnell wie möglich gebaut werden müsse. Auch die Wiederbelebung der Oberschulen mit gymnasialer Oberstufe solle ein weiterer Lösungsansatz sein. *r. a.*

Wenn Demokratie zur Farce wird

Die gewählten Abgeordneten (Legislative) entscheiden. Die Verwaltung (Exekutive) setzt diese Entscheidungen um. Und notfalls prüfen die Gerichte (Judikative). Das ist das kleine Einmaleins der Demokratie. Das bedeutet, dass die Exekutive nur die „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ allein ausführen darf. Ist ein solcher Vertrag wie der über die Gedenkstätte in Seelow ein „Geschäft der laufenden Verwaltung“? Dass er das eher nicht ist, scheint Herr Hanke (CDU) zumindest zu ahnen. Deswegen haben er und der Landrat (SPD) im Kreistag ausdrücklich zugesichert, die gewählten Abgeordneten des Kreistags

MOZ 23.2.2019
Linke kritisieren Vorgehen der Verwaltung
Seelow. Linken-Fraktionschef Uwe Salzwedel hat im Kreistag das Vorgehen der Verwaltung zur Gedenkstätte Seelower Höhen kritisiert. Im Kreistag sei verabredet worden, dass der Kreistag vor Unterzeichnung des Vertrages mit dem Verein Zeitreise Seelower Höhen Einblick erhält. Das sei nicht erfolgt. Vizelandrat Friedemann Hanke (CDU) hielt entgegen, dass das Papier im Bildungsausschuss vorlag. „Aber nicht, um darüber zu beraten, sondern als fertiges Dokument“, konterte Salzwedel. Landrat Gernot Schmidt (SPD) erklärte, dass die Verwaltung zuversichtlich sei, die Gedenkstätte mit dem neuen Betreiber zukunftsfähig zu gestalten. Der Prozess sei nicht einfach, aber notwendig gewesen. „Ich hoffe, das wir die Skeptiker überzeugen“, so Schmidt. Im März soll die Einrichtung wieder öffnen. (dos)

bei der Ausgestaltung des Vertrags und der Schaffung eines Gedenkstättenbeirats einzubeziehen.

Nun wurde der Vertrag von der Verwaltung einfach geschlossen, ohne dass irgendein gewählter Abgeordneter auch nur ansatzweise weiß, was dort eigentlich geregelt ist. Der Inhalt des Vertrags war weder im Bildungsausschuss noch im Kreistag ein Thema. Die Zusage, den Vertrag mit dem Kreistag abzustimmen, wurde nicht eingehalten.

Lediglich die Beiratsordnung kann noch in der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses besprochen werden. Und auch nur diese Beiratsordnung wurde am Schluss der letzten Sitzung des Bildungsausschusses ausgegeben – und eben nicht der Vertrag, wie in dem MOZ-Artikel irrtümlich

dargestellt.

In Bezug auf die Möglichkeiten der Kontrolle der Arbeit in der Gedenkstätte durch die Verwaltung und den Kreistag wäre es aber auf den Vertrag angekommen. Denn der Beirat ist am Ende nur so einflussreich, wie es ihm der von der Verwaltung entgegen aller Zusagen ohne Beteiligung des Kreistags geschlossene Vertrag erlaubt.

*Niels-Olaf Lüders
 Sachkundiger Einwohner
 in der Linksfraktion*

Anfrage zur Wriezener Bahn

„Hat die Verlängerung der sogenannten Wriezener Bahn, der Strecke von Werneuchen über Tiefensee in Richtung Wriezen, überhaupt noch eine Chance? Eine entsprechende Anfrage stellte der Landtagsabgeordnete Marco Büchel (LINKE) jetzt im Landtag an Kathrin Schneider (SPD), Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg.

Die Regionalbahn 25, wie die Linie offiziell heißt, habe sich positiv entwickelt, so die Ministerin: „Das war auch der Grund dafür, warum wir dort mit der Bahn erheblich investiert haben“, ergänzte sie. Vergangenen Sommer seien alle Bahnsteige barrierefrei ausgebaut und die Geschwindigkeit der Züge auf 80 km/h erhöht worden. So wurde die Strecke bis Werneuchen erweitert.

Der nächste Schritt sei der 30-Minuten-Takt, so die Ministerin. Dazu seien noch der Neubau eines zweiten Bahnsteigs in Blumberg und zusätzliche Infrastruktur wie Weichen notwendig. Ob die Bahnstrecke nach Tiefensee und Wriezen weitergeführt werden könne, diese Frage könne sie nicht beantworten. „Dazu gibt es im Moment keine konkreten Planungen“, erklärte Kathrin Schneider. „Wir haben aber schon allen Stellen empfohlen, die Trassen freizuhalten“, sagte sie. Das Land Brandenburg werde sich dafür einsetzen, vorhandene Bahninfrastruktur zu sichern. Den Kommunen werde empfohlen, in ihren Planungen die Trassen ebenfalls zu sichern.

„Neben der berechtigten Forderung der Direktanbindung Berlin-Bad-Freienwalde-Wriezen, die ich voll unterstütze, will ich gern auch den Fokus auf die Wriezener Bahn richten“, so Marco Büchel.

(MOZ vom 21.12.2018)



Bürgerbüros**Thomas Nord (MdB)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Bettina Fortunato (MdB)**Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdB)**Bürgerbüro****Bad Freienwalde**

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon: (0 33 44) 33 45 41

Bürgerbüro Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Persönl. Sprechzeiten:
1. und 3. Mo. im Monat
Bitte VORHER telefonisch anmelden.
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen**Bad Freienwalde**

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 - 11 Uhr

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. - Do. 9-12 Uhr
E-Mail: info@dielinke-mol.de

Linkstreff**Linkstreff Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. - Do. 9-12 Uhr

Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:
1. April 2019

Erscheinen
der nächsten Impulse:
15. April 2019



Herzlichen Glückwunsch Wolfgang Heinze!

Nachträglich, lieber Wolfgang, die herzlichsten Glückwünsche zu Deinem 75. Geburtstag!

Wir schätzen vor allem Deine 20-jährige ehrenvolle Tätigkeit als Vorsitzender des Kreistages, für die Du auch mit der Medaille des Landtages Brandenburg für Verdienste für das Gemeinwesen geehrt worden bist. Dein erfolgreiches Engagement setzt Du heute als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Seelow fort.

Wir danken Dir auch für Deine stets fachlich fundierte Mitarbeit in unserer Linksfraktion des Kreistages.

Wir wünschen Dir alles Gute, vor allem Gesundheit, Schaffenskraft und viel Freude!

DIE LINKE. Märkisch-Oderland

**Linke Politik in Europa****Helmut Scholz,**

Europaabgeordneter der LINKEN, berichtet und diskutiert

**am 22. März, 19 Uhr,
im Bürger- und Kreativhaus,
Landsberger Straße 20.
15345 Bruchmühle.**

Er ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und bewirbt sich im Mai 2019 erneut zu den Europawahlen als Kandidat.

Zu seinem Wahlkreis gehören Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

Seine Arbeitsschwerpunkte sind Handelspolitik und Internationale Beziehungen.

Er begleitete u. a. mehrere Handelsabkommen wie TTIP (Europa-USA) und den BREXIT.



Zum traditionellen FrühLINKS-Empfang

am **2. April 2019**, ab 18 Uhr,
im Gemeindesaal Hoppegarten,
Lindenallee 14, 15366 Hoppegarten
laden wir Sie/Dich herzlich ein.

Wir bedanken uns für die Zusammenarbeit und freuen uns auf gute, offene Gespräche über aktuelle und zukünftige Vorhaben.

*Bettina Fortunato, Kreisvorsitzende DIE LINKE. MOL
und Mitglied des Landtages
Brandenburg*

*Marco Büchel, Mitglied des Landtages
Brandenburg*

*Dr. Uta Barkusky, Bürgermeisterin der Stadt
Müncheberg*

*Karsten Knobbe, Bürgermeister der Gemeinde
Hoppegarten*

*Uwe Salzwedel, Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE. im Kreistag
Märkisch-Oderland.*

*Um Rückmeldung bis 15.03.2019 wird gebeten
unter info@dielinke-mol.de oder telefonisch unter
0 33 41 31 17 96.*

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag

trifft sich am 18. März,
18 Uhr, im Linkstreff
Breite Straße 9,
15306 Seelow

Beratung des Kreisvorstandes der LINKEN MOL:

20. März, 18 Uhr,
Geschäftsstelle,
Große Str. 45,
15344 Strausberg

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Bettina Fortunato, Tel. 03341-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, renate@adolph.de,

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat